

Die „Vorarbeit“ enthält ...

Die achtspaltige ...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Wahlerfolge in Ostachsen

Wir marschieren!

Wieder einmal hat es sich erwiesen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Massenpartei des revolutionären Proletariats ist...

Bei der Stadtverordnetenwahl in Pirna in Sachsen am Sonntag erhielten Stimmen: U.S.P. 2709 (bei der Landtagswahl 1333), Rechtssozialisten 675 (995), R.A.P.D. 622 (760), Einheitsverband der Kriegsgeschädigten 379 (-), Demokraten 1216 (798), Wirtschaftliche Vereinigung 2760 (auf der Liste der Rechtsparteien 3589)...

Zu gleicher Zeit fanden in Ostachsen in verschiedenen anderen Orten Gemeinderatswahlen statt, die ebenfalls recht interessante Resultate zeitigten...

U.S.P. zwei Sitze inne. In Reusgraupa erhielt die U.S.P. 4 und die Bürgerlichen 2 Sitze. In U.S.P. war in dem letzten Gemeinderat nicht vertreten. In Kleinjedlitz erhielten die U.S.P. 4, die bürgerlichen Parteien 4 Sitze.

Unsere ostächsischen Genossen haben gut gearbeitet. Uns Preußen bleibt jetzt nur übrig, es ihnen bei den bevorstehenden Landtagswahlen nachzumachen. Die Unabhängige Sozialdemokratie will nicht aus parteiegoistischen Gründen die Arbeiter auf ihrem Boden sammeln, sie kommt ihnen auch nicht mit Einheitsparolen, die sich nicht verwirklichen lassen, solange nicht die Vorbedingungen dazu gegeben sind...

Die ostächsischen Arbeiter haben sich bei den Gemeinderatswahlen in ihrer Masse für die Unabhängige Sozialdemokratie, also für den grundsätzlichen Sozialismus, für den proletarischen Klassenkampf, für die soziale Revolution entschieden. Am 20. Februar müssen die Arbeiter Preußens dieselbe Entscheidung fällen!

Die Schweiz gegen die 21 Bedingungen

Von Robert Grimm, Bern

Zweimal hatte die Schweizerische Sozialdemokratie über den Beitritt zur kommunistischen Internationale zu entscheiden, zweimal hat sie den Beitritt mit wuchtigem Mehr abgelehnt. Im Sommer 1919 beschloß der Basler Parteitag den vorbehaltlosen Beitritt, in der nachfolgenden Urabstimmung der Sektionen wurde dieser Beschluß mit 14 162 gegen 8722 Stimmen abgelehnt. Die Verneinung des Anschlusses erfolgte weder aus Feindschaft gegen Sowjetrußland noch aus einem prinzipiellen Gegensatz zu den Zielen der „dritten“ Internationale...

Die Anschlußbewegung wurde noch vor dem zweiten Moskauer Kongreß wieder aufgenommen. Mit zwei Stimmen Mehrheit stellte jetzt der Parteivorstand den Antrag auf Beitritt, aber unter ausdrücklicher Wahrung der taktischen Selbständigkeit der Partei, soweit sie durch die Verschiedenheit der Verhältnisse von Land zu Land bedingt ist. Mitten in diese Bewegung hinein und noch bevor der Parteitag Gelegenheit gehabt hatte, den Antrag zu beraten, fielen die 21 Bedingungen. Nun änderte der Parteivorstand seine Stellungnahme. Jetzt wäre die Erklärung, daß der Beitritt zur dritten Internationale kein Hindernis für die Berücksichtigung der objektiven Kampfbedingungen eines jeden Landes sei, eine Heuchelei gewesen und eine Unehrlichkeit obendrein. Der Anschlag auf Grund der 21 Bedingungen wurde abgelehnt und vom Parteitag beantragt, mit allen jenen Parteien Fühlung zu nehmen, die der zweiten Internationale nicht angehören, der kommunistischen Internationale beizutreten wünschen, die aber die 21 Bedingungen ablehnen und deren Revision anstreben wollen.

Inzwischen hatte der neokommunistische Flügel eine Sonderorganisation innerhalb der Partei gegründet. Im ersten Augenblick wirkten die 21 Bedingungen auf ihn wie eine kalte Dusche. Nicht wenige der neokommunistischen Propagandisten waren rechtschaffen empört über so viel Verstandlosigkeit Moskaus, indes es nach außen die Tapferkeit herauszustellen galt. Wie Stöcker in Deutschland, so mochten die Neokommunisten der Schweiz gedacht haben, die 21 Bedingungen ließen sich nach Bedürfnis und Willkür biegen und dehnen, und der leichte Händedruck, der im fernem Osten zwischen Sinowjew und Enver Pascha gewechselt wurde, mochte dieser Auffassung am Ende nicht unrecht geben. Jedemfalls war die sogenannte Parteilinke nach Überwindung des ersten Schreckens plötzlich begeisterte Anhängerin der 21 Bedingungen, erklärte sie als das Mindestmaß des absolut Notwendigen und warb auf ihrer Grundfläche für den Beitritt und für die Ablehnung der Anträge der Parteileitung.

Im vorigen Dezember trat der Parteitag in Bern zusammen. Sein Verlauf ist bekannt. Mit dem gleichen prozentualen Stimmenverhältnis wie die Urabstimmung 1919, mit 350 gegen 213 Stimmen, lehnte er die 21 Bedingungen und damit vorläufig den Beitritt zur dritten Internationale ab.

Der Entscheid des Parteitages war nicht endgültig. Die Schweizerische Sozialdemokratie kennt das fakultative Referendum. Die Parteimitglieder selbst haben in letzter Instanz das Wort. Der Kampf wuchtete jetzt in die Partisektionen zurück und die Wogen der Leidenschaft gingen diesmal höher als im Jahre 1919. Damals handelte es sich um die Anschlußfrage allein, jetzt, gemäß den Beschlüssen des Moskauer Kongresses, um den Beitritt und um die Spaltung der Partei. Denn nach ihrer Niederlage auf dem Parteitag vollzogen die Neokommunisten theatralisch den Exodus und kündeten offiziell die Spaltung an, die sie bis dahin heuchlerisch geleugnet hatten.

Nun ist auch die zweite Urabstimmung vorbei. Ihr Ergebnis bedeutet eine eklatante Niederlage der Neokommunisten. Die Schweizerische Partei zählt in 685 Sektionen rund 54 000 Mitglieder. Davon haben sich 600 Sektionen (87 Prozent) und 34 974 Mitglieder (64,9 Prozent) an der Abstimmung beteiligt. Gegen den Beitritt auf Grund der 21 Bedingungen stimmten 25 475 Mitglieder (73 Prozent), für den Beitritt 8777 Mitglieder (25 Prozent).

Die Anhänger des Beitritts haben ihre Stimmenzahl gegenüber 1919 nur um einige Duzend zu vermehren vermocht. Vor einem Jahre brachten sie es auf 8722 Stimmen, jetzt auf 8777, während die Stimmenzahl der Beitrittsgegner von 14 612 auf 25 475 emporstiege.

Dieses Gesamtbild wäre unvollständig, würde man nicht einige lokale Ergebnisse berücksichtigen. Die Neokommunisten wählten sich in vier Kantonen in festerer Mehrheit. Basel, Zürich, Schaffhausen und Gené sollten die Hochburgen der neuen Partei bilden. Nur Basel und Schaffhausen ergaben indes eine Mehrheit für den Beitritt. Dabei spielt Schaffhausen eine untergeordnete Rolle, und in Basel, wo die neokommunistische Zentrale geistig und materiell verankert ist, stehen 1528 Anschlußfreunden 948 Beitrittsgegner gegenüber, also ein Verhältnis von drei Fünftel zu zwei

Das Ergebnis der Pariser Konferenz

Paris, 29. Januar.

Heute abend ist folgendes offizielle Kommuniqué ausgegeben worden: Die Konferenz hat im Laufe der beiden Sitzungen, die sie heute abgehalten hat, sich mit der Ausarbeitung des Übereinkommens beschäftigt, das unter ihren Mitgliedern über die beiden Hauptfragen der Entwaffnung und der Reparation erzielte wurde.

Hinsichtlich der Entwaffnung hat sie die Vorschläge gebilligt, die ihr die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten mit dem Zweck unterbreiten, von Deutschland die vollständige Ausführung der Verpflichtungen zu fordern, die sich für dieses sowohl aus dem Vertrag als aus den Noten von Boulogne und dem Protokoll von Spa ergeben.

Hinsichtlich der Reparation ist das Festern von den Sachverständigen vorbereitete Arrangement besprochen, vervollständigt und schließlich einstimmig gebilligt worden. Die Alliierten haben schon jetzt unter sich die Maßnahmen festgesetzt, die eventuell angewendet werden sollen, im Falle daß Deutschland sich weigern würde, loyal und lückenlos seine Verpflichtungen auszuführen, die sich auf die Reparationen und auf die Entwaffnung erstrecken. Aus Hoffungslosigkeit und von der Hoffnung erfüllt, daß Deutschland aus sich selbst heraus seinen Verpflichtungen nachkommen werde, haben die Alliierten geglaubt, in diesem Augenblick diese Bestimmungen in Berlin nicht notifizieren zu lassen. Qualifizierte Vertreter der deutschen Regierung werden eingeladen werden, Ende Februar in London mit den Vertretern der alliierten Mächte zusammenzukommen.

Das Kommuniqué stellt sodann fest, welche Fragen von der Konferenz im Laufe dieser Woche noch gelöst wurden, und betont als das wichtigste Ergebnis der Konferenz, daß die Entscheidungen in der herzlichsten und engsten Einigkeit und im Einverständnis erfolgt sind.

Die Mitteilung an Deutschland. — Einladung der Deutschen nach London

II. Paris, 31. Januar.

Der Text des im Laufe der Konferenz der Alliierten geschlossenen Abkommens ist dem Präsidenten der deutschen Delegation übersandt worden. Der Begleitbrief, der diesem Text beigegeben war, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 29. Januar 1921.

Herr Präsident! Die Konferenz der Alliierten ist in der Zeit vom 24. bis 29. Januar 1921 in Paris zusammengetreten und hat folgende Entscheidung getroffen:

1. Was die Entwaffnung Deutschlands anbelangt, haben die Alliierten die Schlussfolgerungen der beigefügten Rolle gebilligt.

2. Was die Reparationen anbelangt, haben die Alliierten einstimmig die ebenfalls im beiliegenden Dokument enthaltenen Vorschläge gebilligt. Die Alliierten haben zu verschiedenen Malen und heute wieder neue Ausübungen für die Entwaffnung zugelassen, und haben damit gezeigt, daß sie die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, welche die deutsche Regierung bei der Ausübung ihrer Verpflichtungen hat, welche sich für sie aus dem Vertrage ergeben. Sie haben die feste Hoffnung, daß die deutsche Regierung die Alliierten nicht in die Notwendigkeit versetzt, die schwere Situation ins Auge zu fassen, welche sich ergeben würde,

wenn Deutschland darauf beharrt, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen. Die autorisierten Delegierten der deutschen Regierung werden eingeladen werden, sich Ende Februar mit den Delegierten der verbündeten Regierungen in London zu treffen.

3. Auslieferung und Zerkleinerung des Kriegsmaterials: Trotz der hohen Zahlen des gegenwärtig ausgelieferten und zerkleinerten Materials ist die Entwaffnung Deutschlands weit davon entfernt, beendet zu sein. Im besonderen ergibt sich ein bedeutender Ueberschuß dadurch, daß die Reduktion auf 100 000 Mann der Heeresstärke nicht mit der Ablieferung des dieser Reduktion entsprechenden Materials Schritt gehalten und eine große Menge Material bei den Truppenbeständen, in den Depots und Arsenalen sich angehäuft hat. Insbesondere verlangt die deutsche Regierung als Ersatzmaterial oder als Übungsmaterial Quantitäten zu behalten, welche die durch den Vertrag festgelegten weit übersteigen. Schließlich sind noch zahlreiche Waffen in den Händen der Zivilbevölkerung. Andererseits hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 24. Dezember 1920 sich geweigert, die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 8. November auszuführen und hat die Auslieferung des Artilleriematerials von Küstrin, Bosen und Rönigsberg ausgeschlossen.

Was die Reichswehr anbelangt, wird die deutsche Regierung aufgefordert, die Abstimmung des neuen Reichswehrgesetzes zu beschleunigen, welches gegenwärtig dem Reichstag vorliegt, nachdem sie die nötigen Änderungen vorgenommen hat, um dieses Gesetz in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen, insbesondere was die Wehrpflicht anbelangt, welche sowohl gegenüber den Staaten, wie gegenüber dem Reich zu unterdrücken ist. Diese Entscheidungen sollen vor dem 15. März getroffen werden, um so die Einzelheiten der Organisation der Reichswehr (eine Armee von 100 000 Mann) in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrag zu bringen. Insbesondere ist der Ueberschuß an Offizieren und Beamten der Zentralverwaltung zu unterdrücken. Diese Dispositionen sollen vor dem 15. April 1921 getroffen werden.

(Siehe auch dritte Seite.)

Volksabstimmung in der Schweiz

Bern, 30. Januar.

In der heutigen Schweizerischen Volksabstimmung wurde ein Initiativbegehren der sozialistischen Partei auf Abschaffung der militärischen Gerichtsbarkeit mit rund 387 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantone abgelehnt.

Ein zweites Initiativbegehren, wonach künftig die Verträge der Schweiz mit anderen Staaten der Volksabstimmung unterbreitet werden sollen, sobald es 30 000 Schweizer Bürger oder acht Kantone verlangen, wurde mit 284 000 gegen 150 000 Stimmen und von 20 gegen 2 Kantone angenommen.

Stockung der Rigaer Verhandlungen

Dem Kopenhagener Blatt „Politiken“ wird aus Riga telegraphiert: In den polnisch-russischen Friedensverhandlungen ist eine Krise eingetreten. Man konnte bisher zu keiner Einigung über die Höhe des von Rußland an Polen zu zahlenden Geldbeitrages gelangen. Joffe erklärte, Rußland könne höchstens 80 Mill. Goldrubel an Polen geben, während Domski 70 Millionen verlangt. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.





